

„FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND WÜRDE“



## **Rechenschaftsbericht zum Verbandstag 2010 in Schönebeck**

Dieser Bericht umfaßt den Zeitraum vom 11. Oktober 2008 zum 23. Oktober 2010.

### **1. Zur behindertenpolitischen Situation in Deutschland**

Abermals findet unser Verbandstag in einer behindertenpolitisch komplizierten und sehr widersprüchlichen gesellschaftlichen Situation statt. Alles in allem müssen wir konstatieren, daß es uns nicht gelang, die Teilhabebedingungen für Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Im Gegenteil: Die Gefahren, daß wir sogar Rückschläge und Verschlechterungen hinnehmen müssen, sind eher gestiegen.

Dabei würden wir uns so gern über einen großen Erfolg freuen: Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit über anderthalb Jahren geltendes innerstaatliches Recht in der BRD! Es handelt es sich um ein Dokument von enormer Reichweite: Es trägt die Potenz in sich, das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt wesentlich zu verändern. Und zwar in eine Richtung, die der Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes Einzelnen – unabhängig von Art und Schwere einer Beeinträchtigung – neue, weite Räume öffnet. Die Konvention – und das ebenfalls ratifizierte „freiwillige Zusatzprotokoll“ – sagen nicht mehr und nicht weniger, als daß die Menschenrechte selbstverständlich auch für Menschen mit Behinderungen gelten. Und sie besagt, daß nicht wir Betroffene uns den Bedingungen anzupassen haben, sondern umgekehrt verpflichtet sind die Staaten, die Verhältnisse dahingehend zu entwickeln, daß unsere „volle Teilhabe“ (!) garantiert ist.

Bedauerlicherweise ist das bisher nicht viel mehr als bedrucktes Papier. Die Bundesregierung arbeitet zwar an einem Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention, jedoch kann man sich nur schwerlich des Eindrucks erwehren, daß es sich dabei eher um eine Verzögerungstaktik handelt als daß zügige und vollständig Umsetzung angepeilt würde. Insbesondere die sogenannte Einbeziehung der Betroffenen und ihrer Selbsthilfeorganisationen gerät immer mehr zur Farce. Die extra dafür gebildeten Gremien werden überhaupt erst zu einem Zeitpunkt einberufen, da die inhaltliche Arbeit längst sehr weit fortgeschritten ist.

### **Gefährliche Planspiele**

Stattdessen kursieren „im richtigen (politischen) Leben“ ganz andere – und äußerst besorgniserregende – Gerüchte und mehr oder weniger offizielle Papiere: Allen voran Überlegungen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuordnung der Eingliederungshilfe. Was da so „überlegt“ wird, klingt wie ein offizielles „roll back“ nahezu aller Nachteilsausgleiche, die in Jahrzehnten erkämpft wurden und z.T. seit langem positive Wirkungen entfalten. Als „Begründung“ muß die Finanznot der Kommunen herhalten. Da sollen Mehrbettzimmer in Heimen zur Regel werden, während wir – im Sinne der Behindertenrechtskonvention – auf die Abschaffung von Anstalten und ähnlichen „Unterkünften“ orientieren. Andernorts soll das Landesblindengeld gekürzt oder gar gestrichen werden. Wieder an anderer Stelle soll der Kostenvorbehalt so gestärkt werden, daß das Wunsch- und Wahlrecht – z.B. bei Heimeinweisungen – praktisch abgeschafft würde. Wieder an anderer Stelle wird die Selektion von Embryonen freigegeben. Daß damit das Leben mit Behinderungen massiv bedroht wird, nimmt man billigend in Kauf. Auf jeden Fall verändern solche Debatten das Menschenbild und die darauf fußende Gesellschaftskonzeption: Während die Behindertenrechtskonvention ausdrücklich der Vielfalt – also auch dem Leben mit schwersten Beeinträchtigungen – das Wort redet, gaukeln Selektionsfetischisten ein Bild immerwährender Gesundheit, Schönheit und Jugend vor. Da ist wenig Platz für uns.

Immerhin – und das erfreut uns – gibt es eine öffentliche Debatte um die Konvention. Das trägt durchaus zur Bewußtseinsentwicklung bei. Der ABiD beteiligt sich aktiv daran.

### **Assistenz im Krankenhaus: Ein kleiner Fortschritt**

Im Berichtszeitraum gab es auf bundesgesetzlicher Ebene einen kleinen Fortschritt: Seit Sommer 2009 ist die Mitnahme von Assistentinnen und Assistenten ins Krankenhaus geregelt. Klein bleibt der Fortschritt, weil die Regelung nur für das sogenannte „Arbeitgebermodell“ gilt und damit den weitaus größten Teil derjenigen ausschließt, die mit Assistenz in unterschiedlichster Form leben. Klein bleibt der Fortschritt auch, weil die Regelung weder Vor- (Prophylaxe) noch Nachsorge-maßnahmen (z.B. Reha-Kuren udgl.) umfaßt. Dennoch: Es war ein Fortschritt. Und zwar einer, den sich die Behindertenbewegung – in diesem Falle allen voran das Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen (ForseA) – erkämpfte. Der ABiD unterstützte diese Forderung von Anfang an. So gesehen gehören auch wir zu den Siegern.

Aber: Dieser kleine Erfolg erwies sich – wie schon früher in ähnlicher Situation – eher als ein Wahlgeschenk denn als strategischer Baustein. Die „alte“ (große) Koalition wollte damit offenbar noch ein bißchen „punkten“. Die neue, schwarz-gelbe setzt den eingeschlagenen Weg aber nicht fort.

### **Koalitionsvertrag verspricht, was die Regierung nicht hält**

In den Berichtszeitraum fällt nämlich auch die Bundestagswahl im September 2009 und der damit verbundene Koalitions- und Regierungswechsel. Anfangs schimmerte bei vielen Menschen mit Behinderungen sogar noch ein Hoffnungsschein durch. Immerhin konnte man die entsprechende Passage in der Koalitionsvereinbarung durchaus so lesen (interpretieren), daß sie (die Regierung) all ihr Tun an der Behindertenrechtskonvention ausrichten würde. Leider erwies sich das sehr schnell als Fehleinschätzung.

Vor der Bundestagswahl freuten wir uns, daß die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland endlich geltendes Recht war. Wir forderten ihre rasche und gründliche Umsetzung. Gleichzeitig sahen wir uns jedoch vor einer großen Herausforderung: Eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise bisher unbekanntes Ausmaßes lähmte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern wirkte tief in alle sozialen Projekte und emanzipatorischen Bestrebungen hinein.

Beide Faktoren bestimmen noch heute die Rahmenbedingungen für das öffentliche Leben und damit auch für das Wirken des Allgemeinen Behindertenverbandes „Für Selbstbestimmung und Würde“ e.V. (ABiD) In diesem Lichte wundert es uns nicht sonderlich, daß die schwarz-gelbe Regierung bis auf gute Worte in der Koalitionsvereinbarung bisher keinerlei nennenswerte behindertenpolitische Aktivitäten zeigte. Es bleibt zu befürchten, daß daran auch der gerade beginnende Aufschwung nichts ändert.

Immerhin beauftragte die Regierung das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention. In Anbetracht dessen, daß seit ihrer Verabschiedung im Dezember 2006 schon fast vier und seit ihrer – auch von uns erkämpften – in Kraft Setzung in der BRD eindreiviertel Jahr verflossen, ist das zwar mehr als Nichts, aber dennoch deutlich zu wenig. Manchmal kann man sich – wie gesagt – des Eindrucks nicht erwehren, daß großer Aufwand um den Aktionsplan betrieben wird, um die wirkliche Umsetzung zu verhindern, zumindest jedoch, sie weiter zu verzögern.

### **Keine Selektion – auch nicht in der Petrischale**

Vor Kurzem ereilte uns die Nachricht, daß der Bundesgerichtshof (BGH) die Präimplantationsdiagnostik (PID) für zulässig erklärte. Das ist eine völlig neue Rechtslage. Bisher bewahrte uns das Embryonenschutzgesetz davor. Nunmehr soll also Selektion in der Petrischale möglich sein. Damit wird zukünftigen Eltern – und damit der ganzen Gesellschaft – die Illusion vorgegaukelt, behindertes Leben sei zu verhindern. Dem liegt ein völlig veraltetes Menschenbild zugrunde. Hingegen wird die Botschaft der UN-Behindertenrechtskonvention – jedes menschliche Leben ist gleich würdig, gleich wert und hat alle Ansprüche; Menschen mit Behinderungen sind (gewollter!) Teil der Gesellschaft – ignoriert und unterlaufen. Es besteht die reale Gefahr, daß wir – der der ABiD, aber womöglich auch jeder einzelne behinderte Mensch – sich demnächst (wieder) für seine bloße Existenz rechtfertigen muß. Dagegen protestieren wir von dieser Stelle aus ganz energisch: Wir wollen keine Selektion, weder am Beginn des Lebens noch während unserer Kindheit, Jugend oder dem Erwachsen-Sein noch am Ende des Lebens; also auch nicht in der Petrischale! Ebenso skeptisch beobachten wir, daß in den USA an querschnittgelähmten Menschen mit Stammzellen experimentiert wird. Ganz offen wird dazu gesagt, daß es weniger um einen therapeutischen Nutzen für die Betroffenen geht, sondern der „wissenschaftliche Erkenntnisgewinn“ im Vordergrund stünde. Das halten wir für ethisch bedenklich.

Gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, erinnerten ABiD-Vertreter am 27.01.2010, dem Holocaust-Gedenktag, in der Tiergartenstraße 4 in Berlin daran, daß Menschen mit Behinderungen zu den ersten Opfern des Nationalsozialismus in Deutschland gehörten: Es darf in Deutschland nie wieder eine Ideologie um sich greifen, die Menschen mit Behinderungen das Lebensrecht abspricht. Anfängen bei bioethischen Themen, bei denen versucht wird, zu enttabuisieren und menschliches Leben zu relativieren, muß entschieden entgegengetreten werden. Für den ABiD legte Elvira Queiser an der Gedenktafel einen Kranz zur Erinnerung und zur Mahnung an die behinderten Menschen, die von „ihren“ NS-Ärzten und Schwestern ermordet wurden, nieder.

Die zwei Kränze waren im Schneetreiben auf der Gedenktafel nur schwer auszumachen, deshalb hoffen wir, daß die geplante Neugestaltung des Gedenkortes

vom Berliner Senat unterstützt wird, um einen würdigen Gedenkort an der Tiergartenstrasse 4 (der ehemaligen Kommandozentrale) zu schaffen.

### **Teilhabe sichern: einkommens- und vermögensunabhängig**

Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland „Für Selbstbestimmung und Würde“ e.V. (ABiD) setzt sich seit langem für eine bundesweit einheitlich ausgestaltete Teilhabeabsicherung ein. Es geht u.E. um den bedarfsgerechten Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile. Dadurch soll Chancengerechtigkeit für die freie Persönlichkeitsentfaltung und volle Teilhabemöglichkeit geschaffen werden. Wir halten ein eigenständiges Leistungsgesetz für erforderlich.

Es könnte

- im Leistungsbereich: dem Bundesversorgungsgesetz oder dem Leistungsumfang der Eingliederungshilfe ähneln.
- im Anspruchsbereich: dem Finalitätsprinzip – gleiche Leistung bei vergleichbarer Beeinträchtigung; unabhängig von Art und Ursache – folgen.
- im Zugangsbereich: einkommens- und vermögensunabhängig als Nachteilsausgleich ausgestaltet und
- im Zuständigkeitsbereich: den Versorgungsämtern (nicht den Sozialämtern!) zugeordnet sein.

(Eine Überführung der entsprechenden Abschnitte des SGB XII in das SGB IX können wir uns als durchaus geeignete gesetzgeberische Zuordnung – anstelle eines völlig eigenständigen Leistungsgesetzes – vorstellen.)

Uns ist klar, daß das im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip in der Sozialhilfe steht. Aber gerade die gilt es ja – im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention – zu überwinden.

## **2. Zur Verbandspolitischen Situation des ABiD**

Der ABiD entwickelt sich. Mir persönlich könnte es schneller gehen. Auch eine größere Mitgliederzahl halte ich für wünschenswert. Und selbstverständlich läßt sich immer auch an der Außenwirkung vieles kritisieren. Dennoch: Der ABiD entwickelt sich! Wir sind ein fester Bestandteil der emanzipatorischen Behindertenbewegung. In Deutschland. Und inzwischen auch europaweit.

### **Wir sind schon 20 Jahre alt!**

Im Berichtszeitraum feierten wir unsern 20. Geburtstag. Diejenigen, die beim Gründungskongreß dabei waren, rieben sich im April d.J. verwundert die Augen: Das soll schon wieder zwei Jahrzehnte her sein!? Ja. So ist es.

Unsern Geburtstag begingen wir zünftig: Wir luden gute (neue und alte) Freunde zum Erfahrungsaustausch ein. Sie kamen aus Belarus, Kasachstan, Rußland, der Ukraine, Ungarn und aus der Tschechischen Republik. Und wir feierten miteinander. Eine Buchpublikation – einige Exemplare liegen heute auch hier noch aus – faßt etliche unserer Geschichten zusammen. Der Geburtstag war uns Anlaß, auf die

zurückgelegte Wegstrecke zu schauen und neue Abschnitte ins Auge zu fassen. Die Liste der ausländischen Gäste weist darauf hin, daß der ABiD verstärkt den Erfahrungsaustausch mit Ländern in Mittel- und Osteuropa pflegt. Das wollen wir fortsetzen und ausbauen.

### **Alltagsarbeit in der Geschäftsstelle**

Die Geschäftsstelle in Berlin-Mitte ist zurzeit hauptamtlich mit Elvira Queiser und ehrenamtlich mit Lilo Thiel besetzt. Elvira Q., deren Projektarbeit vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und von Krankenkassen gefördert wird, verantwortet den allgemeinen Geschäftsbetrieb..

Erfolgreich ist die Projektzusammenarbeit mit den Landesverbänden des ABiD. Jährlich werden bei Krankenkassen Anträge für verschiedene Projekte gestellt und abgerechnet. Zu unseren Projekten der vergangenen Jahre gehören

- das erfolgreiche Rollitzturnier in Neubrandenburg,
- das Drachenbootrennen in Tangermünde und
- die Reihe Gesundes Leben.

Auch in den nächsten Jahren soll diese erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und den Krankenkassen fortgesetzt werden. So ist geplant im nächsten Jahr ein integratives Theaterfestival gemeinsam mit dem ABiD-Sachsen durchzuführen.

In der Bundesgeschäftsstelle laufen auch die Fäden für die Mitwirkung der Mitglieder in verschiedenen Gremien zusammen. Im Arbeitsausschuss des Deutschen Behindertenrates wirken Ilja Seifert und Stefan Heinik mit. Im Berichtszeitraum nahm Dr. Heinik an den Beratungen des European Disability Forum (EDF) in Madrid und Athen als Vertreter des DBR teil.

Im Gemeinsamen Bundesausschuß Patientenvertretung vertreten uns auf Bundesebene Stefan Heinik und Detlef Eckert, in der Patientenvertretung auf Landesebene in Thüringen Herr Beier in der Funktion als Moderator und die Herrn Pfeffer und Haupt als Mitglieder.

Im Vorstand des Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit vertrat uns zunächst Stefan Heinik, der inzwischen von Karlheinz Lauterbach abgelöst wurde. Elvira Queiser übt dort die Funktion der Finanzprüferin aus.

Peter Braun wurde in den Beirat des Behindertenbeauftragten zum Aktionsplan der Bundesregierung zur UN-Behindertenrechtskonvention berufen.

Seit dem Ausscheiden von Detlef Eckert ist Stefan Heinik Nachrückkandidat für den Beirat des PARITÄTischen auf Bundesebene.

Bei Termenschwierigkeiten der DBR-Mitglieder nimmt Elvira Queiser an den Arbeitsausschusssitzungen teil. Sie repräsentierte den ABiD auf verschiedenen Veranstaltungen der Parität, der Bundesministerien und anderer Organisationen.

Unsere Bekanntheit äußerte sich auch in den Anfragen aus dem Auswärtigem Amt oder anderer internationalen Vertretungen in Deutschland. So konnten wir

Delegationen aus Vietnam, China, Afrika und Belarus begrüßen und mit ihnen in einen Erfahrungsaustausch treten.

Im Berichtszeitraum festigte Elvira Queiser den Kontakt zu und die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden durch Arbeitsbesuche und Teilnahme an Veranstaltungen.

Lilo Thiel ist seit 15 Jahre Ansprechpartnerin für den Gruppenversicherungsvertrag mit der Hamburg-Mannheimer (jetzt ERGO-Versicherung).

Zurzeit bearbeitet und betreut sie 1.464 Versicherungen. Im Oktober 2008 waren es noch 1.609 Versicherungsverträge. Leider wirkt sich der Rückgang der Versicherungsverträge negativ auf die Höhe der Zuwendung der ERGO an den ABiD aus. Konnte in den letzten Jahren noch ein erheblicher Teil der Zuwendung für die Miete für die Geschäftsstelle verwendet werden, so ist es heute nur etwas mehr als die Hälfte. Es ist daher dringend angezeigt, intensiver die Vorteile einer Gruppenversicherung darzulegen, um somit eine Steigerung der abgeschlossenen Verträge zu erreichen.

Im Rahmen einer MAE verstärkte Frau Bieber bis Ende 2009 das Team in der Geschäftsstelle. Sie arbeitete sich schnell ein und war eine wichtige Unterstützung im täglichen Arbeitsablauf. Trotz nachdrücklicher Bemühungen konnte sie ihre Arbeit bei uns nicht fortsetzen. Sie hält aber weiterhin den Kontakt und unterstützt Elvira Queiser bei den Vorbereitungen zur Vorstandssitzung.

### **3. Aus den Landesverbänden**

#### **ABB – Kämpfer gegen Betonköpfe**

Der Allgemeine Behindertenverband Land Brandenburg (ABB) wurde bundesweit bekannt, weil er alljährlich den „Betonkopf“ für besonders auffällige und überflüssige Barrieren verleiht. Das begann mit Pflastersteinen, deren Verlegung im „historischen Stil“ sich bei manchen Stadtplanern so großer Beliebtheit erfreut. Aber auch das Drehkreuz in Kaufhallen oder ein nicht barrierefreier, neuerrichteter Aussichtsturm erhielten diese Negativ-Auszeichnung. Damit setzt der ABB ein sichtbares Zeichen. Toll!

Mit 173 persönlichen und ca. 550 telefonischen und schriftlichen Beratungen in den Jahren 2008 und 2009 leistete Stephan Faust wesentliches zur Selbsthilfetätigkeit des ABB. Die Nachfrage setzt sich auf hohem Niveau auch 2010 fort. Namens des ABB nahm er sehr vielseitig die Aufgaben der Beratung in sozialen und juristischen Angelegenheiten wahr. Er hat neben der allgemeinen Beratung bei Anfragen die

Mitgliedsvereine durch juristische Hinweise beraten, durch die Beiträge in der Rechtsecke die ABB-Rundschreiben ergänzt und bei der Vorbereitung und Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen mitgewirkt. Durch ihn wurden aber auch Recherchen zu den Aktionstagen angestellt, jeweils die Laudatio an die Betonkopfreisträger 2009 und 2010 verfaßt und intensiv an den Vorschlägen zur Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes aus Sicht des Landesbehindertenbeirates (LBB) und des ABB e.V. mitgearbeitet.

Die Bearbeitung von Anfragen von Bauträgern, Kommunen, Architektur- und Ingenieurbüros ist kontinuierlich auf einem hohen Nachfrageniveau geblieben und wurde ergänzt durch die Beantwortung von Anfragen aus Privathaushalten, der Veranstaltung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und der Moderation von Workshops bei Veranstaltungen des Landesbehindertenbeirates (LBB) und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF).

Innerhalb des Berichtszeitraumes konnte das Team des Beratungsdienstes etwa 400 Anfragen zu den Themen Wohnungsanpassung, behindertengerechte Kfz-Anpassung und zu öffentlichen Bauvorhaben bearbeiten.

Um die Selbstbestimmung von pflegebedürftigen Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu fördern, entwickelte der ABB eine Weiterbildungsreihe für Pflegefachkräfte, insbesondere für Pflegedienstleitungen ambulanter Pflegedienste und Mitarbeiterinnen von Pflegestützpunkten. Bei den Qualifizierungsmaßnahmen handelt es sich um Tagesveranstaltungen, die sich mit der Thematik der Wohnraumanpassung auseinandersetzen. Die Teilnehmer sollen qualifiziert werden, die Herstellung von Barrierefreiheit in der Häuslichkeit ihrer Patienten bzw. Klienten zu fördern und somit einem Umzug in eine stationäre Einrichtung vorzubeugen.

Dieses Jahr wurden die Integrativen Erlebnisfreizeiten bereits zum 20. Mal durchgeführt. Dies wäre ohne die engagierte, ehrenamtliche und qualitativ hochwertige Arbeit von Uta und Thomas Kroop nicht möglich gewesen. Die Erlebnisfreizeiten sind schon seit Jahren das größte ABB-Projekt mit einer äußerst positiven Außenwirkung, die weit über die Landesgrenzen Brandenburgs hinaus strahlt. Wir möchten allen an der Planung, Durchführung und Nachbereitung der Erlebnisfreizeiten Beteiligten ganz herzlich danken. Minister Günter Baaske überreichte am 27. Mai 2010 der Vorsitzenden Andrea Peisker in Kleinmachnow den Förderscheck für das Integrationsprojekt Erlebnisfreizeiten 2010 am Werbellinsee. Der Minister betonte, dass sich die Erlebnisfreizeiten innerhalb der letzten 20 Jahre zu einem wichtigen Bestandteil der sozialen Infrastruktur Brandenburgs etabliert haben. Die Teilnehmerzahlen von 2009 (insgesamt 234 Teilnehmer) und 2010

(insgesamt 228 Teilnehmer) zeigen die hohe Nachfrage nach unserem Betreuungsangebot. Zudem waren in beiden Jahren die Wartelisten so lang, daß nicht alle angemeldeten Kinder und Jugendlichen zu den Freizeiten eingeladen werden konnten.

### **Tolle Aktionstage – ein „Markenzeichen“ des BBV**

Die interne Entwicklung des BBV ist nach wie vor schwierig. Es gelingt uns zwar, nach außen hin nach wie vor gut zu wirken, aber das geht stark über die z.T. permanente Überlastung einiger weniger Aktiver im Vorstand. Unser ganz großes Lob und unser herzliche Dank gilt an dieser Stelle sowohl Sandy Krohn und Franziska Littwin, die nicht nur in verschiedenen Gremien aktiv sind, sondern für das regelmäßige Erscheinen unserer BERLINER BEHINDERTENZEITUNG (BBZ) die Hauptverantwortung – und Hauptlast – tragen, als auch Uwe Hoppe, der nicht nur als Schatzmeister unsere Finanzen gut zusammenhält, sondern auch ansonsten der „gute Geist“ der Geschäftsstelle ist und uns hervorragend im Landesbeirat vertritt.

Neben der BBZ gehören inzwischen tolle Aktionen um den 5. Mai, den alljährlichen europaweit begangenen Protest- und Aktionstag von Menschen mit Behinderungen, zum „Markenzeichen“ des BBV. Ich erinnere hier nur daran, daß wir vor zwei Jahren mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor dem Berliner Fernsehturm forderten „Wir wollen hinauf!“. Damals staunten wir schon über unsere Mobilisierungsfähigkeit. Immerhin hatten wir – über den ABiD – auch etliche Gäste aus anderen Bundesländern dabei. Aber im darauffolgenden Jahr 2009 stand unsere Menschenkette vor dem Europahaus am Pariser Platz, wo wir „Europa barrierefrei“ forderten, teilweise in Dreierreihen. Unter den gut 200 Beteiligten waren sogar ausländische Gäste. Und in diesem Jahr schafften wir es erstmalig, mit vielen Bündnispartnern so gut zusammen zu arbeiten, daß wir unter dem Motto „Inklusion – DabeiSein von Anfang an“ mit mehr als 500 Personen eine dichtgedrängte Menschenkette vom Brandenburger Tor bis zum Westeingang des Reichstages auf die Beine (und Räder) stellen konnten. Es wird nicht leicht, das in den kommenden Jahren noch zu überbieten. Aber wir werden es versuchen. Und so unsern Beitrag dazu leisten, daß Menschen mit Behinderungen – und als einer ihrer anerkannten Vertreter der ABiD – als politischer Faktor an Gewicht gewinnen.

### **Bildung und barrierefreier Tourismus – Markenzeichen des ABiSA**

Die Jahre 2008 - 10 waren für den Allgemeinen Behindertenverband in Sachsen-Anhalt, unsern heutigen Gastgeber, durchaus schwierig. Einerseits stehen große Erfolge im Bestreben, in der Landespolitik die Interessen von Menschen mit Behinderungen wahrzunehmen, weiter voranzubringen und mitzubestimmen.

Die Präsenz des ABiSA in Gremien wie dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen und seinen Arbeitsgruppen, dem Landesbehindertenrat und Landesvorständen wie beim DPWV wurde zielstrebig verstärkt. Schwerpunkte in der Arbeit des ABiSA bilden das Thema Bildung und Barrierefreier Tourismus. Das behindertenpolitische Forum EINE SCHULE FÜR ALLE wurde 2008 maßgeblich von Frank Schiewek durch diskussionsintensive Beiträge geprägt. Wenn heute auf Landesebene vom Gemeinsamen Lernen gesprochen wird und sich Ergebnisse im Schulalltag wieder finden, hat das mit der Arbeit unseres ABiSA zu tun.

Im Barrierefreien Tourismus hat sich das Wirkendes ABiSA vom Salzland in die Altmark verschoben. Als gemeinsames Projekt mit der GefAuS Stendal werden touristische Highlights seit 2008 auf ihre Nutzbarkeit durch Menschen mit Behinderungen untersucht. Hier spielen auch Faktoren wie der ÖPNV oder Erreichbarkeit per Bahn eine große Rolle. Ziel bleibt für uns neben einer Dokumentation der Ergebnisse der Aufbau eines Kompetenzzentrums für Barrierefreien Tourismus.

Ebenfalls 2008 wurden in Tangermünde die 1. Deutschen Meisterschaften für Menschen mit Behinderungen im Drachenbootrennen ausgerichtet. Für die großzügige Unterstützung durch den ABiD ist heute nochmals zu danken.

2009 erstellte der ABiSA im Auftrag der NASA eine Studie zur Barrierefreien Erreichbarkeit von insgesamt 333 Bahnhöfen in Sachsen-Anhalt. Durch Barrierefreie Picknicks oder Kegelcups erlebten unsere Mitgliedsverbände ein neues WIR-Gefühl innerhalb des ABiSA.

2010 steht und stand nun ganz im Zeichen unseres 20-jährigen Bestehens. Der heutige ABiD-Verbandstag setzt dafür einen würdigen Rahmen. Wie 2008, durften wir im am 3. Mai 2010 für den ABiD im Bundestag zum Behindertenbericht und zur UN-Konvention Stellung nehmen. Dies ist für den ABiSA eine Ehre. Auch in der Landespolitik konnten wir schon viele Anhörungen – etwa zum Behindertengleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt – erfolgreich bestehen.

Zum Andererseits: ohne Partner wie unserem Minister Dr. Daehre, dem kleinen Team unserer Geschäftsstelle mit Herrmann Srb, Liane Jacob, Frank und Jürgen, dem ehrenamtlichen Vorstand und natürlich unseren Mitgliedern von der Altmark bis zu Saale, hätte der ABiSA die angespannte politische, wirtschaftliche Situation nicht überstanden. Dafür gilt allen, und voran unserem ABiD, unser herzlicher Dank.

So läßt sich resümieren: Kämpfen wir also mit ungehemmter Kraft weiterhin gemeinsam für unser großes Ziel: Selbstbestimmung und Würde für alle Menschen mit und ohne Behinderung. In einer Welt für Alle!

### **Ein stabiler Verband – der ABiMV**

Der ABiMV konnte seine Interessenvertretung im Land auch in den letzten zwei Jahren sichern. Der Mitgliederbestand ist stabil (1000). Der Landesverband arbeitet mit seinen 14 Kreisverbänden gut zusammen. Immerhin haben wir vor 20 Jahren unsere Geschicke in die eigenen Hände genommen und unsere Kommunen und Lebensorte mitgestaltet und uns gegenseitig geholfen, den Umbruch zu bewältigen. Besonders deutlich wird dies in Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Ueckermünde, Bützow, Waren/Müritz, Burg Stargard aber auch in Teterow, wo ein kleiner Verein in der Gemeinde nachhaltig wirkt. Generell wird aber deutlich: da, wo eine starke Interessenvertretung verankert ist, haben wir die größten Erfolge. Generell gibt es eine bessere Anbindung an den ÖPNV und den SPNV in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wohnungsprobleme sind jedoch immer noch akut, weil es an barrierefreien Wohnungen mangelt.

Auf den Feierlichkeiten zum 20-ten wurde die Verbundenheit der Mitglieder zu ihrem Verein und das überragende Engagement seiner Mitglieder deutlich! So auch auf der Feier des ABiMV e.V. am 9. April in Schwerin im Hotel Growne Plaza. Besonders erfreulich: Viele engagierte Mitglieder konnten für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit im Verein und im Landesverband geehrt werden.

Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde“ hatte zu seiner Geburtstagsfeier am 16. April internationale Gäste eingeladen. Die internationale Behindertenbewegung erwartet von Deutschland eine Schrittmacherrolle bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, dies wurde in den Grußworten deutlich. Als Landesverband haben wir am 15. April eine Delegation von 8 Gästen betreut und in Neubrandenburg und Burg Stargard gezeigt, wie wir unseren Mitgliedern helfen ein unabhängiges Leben zu führen und welche Aktivitäten wir im Verein dafür entfalten.

Besonders wirksam und erfolgreich ist hierbei unsere Regionalberatungsstelle zum Persönlichen Budget. Mit der Professionalisierung der Beratungsstelle( Förderung der Aktion Mensch) konnten wir Ratsuchende in den letzten 2 Jahren erfolgreich beraten und im Verfahren begleiten.

In den Unterschiedlichen Gremien: Integrationsförrat (IFR), Behindertenbeiräte, Organisationskomitee, ÖPNV-Beirat, Beirat Tourismus für ALLE arbeiten wir mit. Im ABiD haben 2 Vertreter aus MV im letzten Vorstand mitgewirkt.

Der zum Jahresende benannte neue Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, Hubert Hüppe, will ein Arbeitsgremium (in diesem Teilhabebeirat wurde P. Braun berufen) , welches einen nationalen Handlungsplan zur Umsetzung der Konvention bis zum Ende des Jahres erarbeiten soll. Nach einem Jahr (des Nachdenkens) Tatenlosigkeit forderte der ABiMV das Landesparlament auf, in einem landesweiten Aktionsplan, unbeschadet derjenigen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen, die nach dem Völkerrecht sofort anwendbar sind, alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, um den Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung in Mecklenburg-Vorpommern wirksam zu gewährleisten. Die Resolution verschickte der ABiMV am 9. April an die Fraktionen des Landtages und an die Landtagspräsidentin und stellte sie natürlich ins World Wide Web.

Das mittlerweile beschlossene Sozialhilfefinanzierungsgesetz wird selbst vom Städte- und Gemeindetag in MV abgelehnt, weil die stationären Hilfen noch immer erheblich finanziell bevorzugt werden. Ambulant vor stationär bleibt unter diesen Finanzierungsströmen in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin nur ein Lippenbekenntnis!

Weil sich Land und Kommunen in den letzten 20 Jahren hoffnungslos überschuldet haben, werden soziale Errungenschaften abgebaut und soziale Leistungen unter Kostenvorbehalt gestellt. Zur Sanierung der Haushalte sparen die Gemeinden an den sogenannten freiwilligen Aufgaben ein, also auch an unserer Finanzierung. Dies ist allerdings nicht nur ein rein fiskalisches Problem sondern stellt eine neue Form der Diskriminierung dar. Sozialabbau und Diskriminierung als kommunale Antwort auf die Finanznot, das müssen wir stärker in der Öffentlichkeit diskutieren! Wir haben zwar in MV kein S 21, aber es gibt hier auch genügend Beispiele dafür, wie die Politik der Wirtschaft das Geld nachschmeißt.

Die Kürzung des Landesblindengeldes in MV im vergangenen Jahr traf uns alle sehr und sie öffnete dem Sozialabbau Tür und Tor! In der von uns nicht verantwortbaren Krise ist die Situation sehr ernst, denn es gibt in der Gesellschaft Kräfte, die den demokratischen Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland massiv gefährden!

Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist unsere Interessenvertretung nach 20 Jahren immer noch wichtig und notwendig und vielleicht gelingt es uns, unsere Reihen zu verstärken, indem wir alte und neue MitstreiterInnen und Verbündete zurückgewinnen?

In Fortsetzung der Seminarreihe „Behindertenpolitik auf dem Prüfstand“ trafen sich am 6. und 7. November 2009 29 Mitglieder und Freunde aus ABiMV-Orts- und Kreisverbänden wieder in Gülstorf, um am Seminar "Pflegefall Bundesrepublik Deutschland - zwischen Barmherzigkeit und Selbstbestimmung" - teilzunehmen. Die Friedrich Ebert Stiftung, Landesbüro Mecklenburg Vorpommern und der Allgemeine Behindertenverband in Mecklenburg-Vorpommern luden nunmehr schon zum 6. Mal nach Gülstorf ein, um die Behindertenpolitik auf den Prüfstand zu stellen.

Den Weltbehindertentag feierte der Landesverband zusammen mit dem NBBV e.V. den SBV e.V., dem Regionalverband Müritze e.V. und anderen am 3. Dezember 2009 in Neubrandenburg. Die Medien und Presse sowie unser Infoblatt berichteten darüber. Der Behindertenverband Stralsund e.V. und die Lebenshilfe e.V. Greifswald organisierten selbst Veranstaltungen. Anlässlich dieses Tages wurden Mitglieder, Mitarbeiter/innen und Unterstützer für ihr Engagement in der Behindertenarbeit und -bewegung ausgezeichnet und gewürdigt. Der Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen stand natürlich ganz im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention.

Am 27. Januar 2010 gedachten ABiMV-Mitglieder in Schwerin am Sachsenberg und in Berlin in der Tiergartenstrasse 4 der Opfer der T 4-Aktion. Über 120 Menschen kamen um 10.00 Uhr zum neuen Denkmal am Sachsenberg, um zu erinnern, zu betrauern und wachzurütteln. Fast zur gleichen Zeit fand im Landtag eine Holocaust-Gedenkfeier des Parlaments statt. Als einziger Vertreter des Landtages nahm Ralf Grabow an der Kranzniederlegung teil. Die anderen diskutierten derweil im Landtag. Der ABiMV bedauerte, daß sie an diesem Tag nicht mit uns zusammen der Opfer der NS-Euthanasie gedachten.

### **Neu erstanden: der Thüringer Landesverband**

Nach der Insolvenz des Erfurter Verbandes, der immer ein starker Rückhalt für den Landesverband war, gelang es unter enormen Anstrengungen, einen neuen Erfurter Verband: Aktiv-Leben-Konzept zu gründen. Dieser trat dem Thüringer Landesverband erneut bei. Im Laufe der vergangenen Monate erreichten wir eine Stabilisierung des Gesamtsystems.

Eine ehrenamtlich besetzte Geschäftsstelle konnte in den Räumen des neuen Erfurter Verbandes eingerichtet werden.

Inhaltliche Schwerpunkte waren die Veranstaltungen des außerparlamentarischen Bündnisses von Sozial- und Behindertenverbänden (ca. 30 Verbände) mit den im Thüringer Landtag vertretenen Parteien zur Begehung des 5. Mai und 3. Dezember. In diesem Jahr gründete sich das außerparlamentarische Bündnis neu zum Zweck der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention und der Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes durch Parteien, Verbände und Selbsthilfeorganisationen. Trotz einiger Zweifel erreichten wir eine Fortführung des Bündnisses. Nach außen hin spiegelt sich dies in der gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen im Dezember d.J. im Landtag. Des Weiteren haben die gemeinsamen Arbeitsgruppen zwischen Regierung und Verbänden zur Umsetzung der BRK in Thüringen ihre Arbeit begonnen.

Unter Obhut des Koordinators Herrn Beyer vom Landesverband der Menschen mit Behinderungen Thüringens wurde in mehrjähriger Arbeit die Landespatientenvertretung eingerichtet und trotz vieler Querelen stabilisiert.

In den einzelnen Kreisorganisationen fanden vielfältige Aktivitäten statt, z.B. in Meiningen - 20 Jahre Behindertenverband, in Sondershausen Veranstaltungen zur Umsetzung der BRK, in Erfurt eine Demonstration zur Umsetzung der BRK in den Bereichen Bildung und Barrierefreiheit.

In diesem Prozeß seit zwei Jahrzehnten ist die besonders hartnäckige Führung durch Jürgen Pfeffer hervorzuheben.

Selbstkritisch gestehen die Thüringer – aber das trifft auf andere Landesverbände auch zu –, daß zu wenig für die Nachwuchsförderung getan wurde, obwohl auch dort die demografische und finanzielle Situation das dringend gebieten würden. Auch die administrativen Strukturen zwischen dem Landesverband und den Kreisen bedürfen der Verbesserung.

### **ABiD Sachsen – Beratung zur Selbsthilfe**

Unter dem Dach des ABiD Sachsen e.V. hat sich 2009 eine Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen gegründet. Diese Stelle ist behilflich bei Neugründungen von SHGs und betreut bereits bestehende Gruppen. Da diese Gruppen keine Struktur wie ein eingetragener Verein haben, ist es vor allem notwendig diese Gruppen bei der Beantragung von Fördermitteln weiter zu unterstützen. Bisher sind unter der Trägerschaft des ABiD Sachsen 5 neue SHGs entstanden. Mit einer jährlich stattfindenden Regionalkonferenz gibt es auch die Möglichkeit neue SHG vorzustellen.

Weiterhin ist der ABiD Sachsen Freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie betreiben eine Integrative Kindertagesstätte mit einer Kapazität von 88 Plätzen.

In dieser Einrichtung gibt es 12 Plätze für Kinder mit Eingliederungshilfe, bzw einen höheren Betreuungs- und Assistenzbedarf. Hier wurde im Jahr 2010 mit einigen Landespolitikern das Gespräch gesucht um eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindereinrichtungen zu erwirken. Da gibt es noch ein Stück harte Arbeit zu tun.

Der ABiD Sachsen konnte einen Sitz in der sächsischen Besuchskommission und im Jugendhilfeausschuss des Erzgebirgskreises für sich behaupten.

Das Integrationszentrum Zeigenhof Zwickau/ Eckersbach wird ebenfalls vom ABiD Sachsen als eine Art Erlebnishof betrieben. Gern wird dieser Hof von ansässigen Schulen und Kindereinrichtungen als Ausflugsziel genutzt. Öffentliche Veranstaltungen und Feste werden gern besucht, leider fehlt hier eine entsprechende Förderung um die Angebotspalette an Veranstaltungen noch ausbauen zu können.

Wie viele Landesverbände kämpft der ABiD Sachsen um neue Mitglieder. Gerade in der Region des Erzgebirges, wo die Einwohner immer weniger werden, stellt das ein echtes Problem dar.

Veranstaltungen, wie z.B. das Integrative Sportfest sind sehr beliebt und werden von anderen Vereinen und Verbänden gerne genutzt.

Mit ESF Fördermitteln ist es den Sachsen gelungen das Improvisationstheater zu gründen. Unter Leitung eines professionellen Regisseurs fanden schon einige Auftritte statt. Auf den großen Auftritt im Hygienemuseum in Dresden, am 25.10.2010 freuen sich alle Beteiligten ausnahmslos.

Dieser Bericht soll mit einem Wort der Freude und Zufriedenheit enden: Im April wurde der ABiD 20 Jahre alt! Wer von denen, die bei der äußerst turbulenten Gründungsversammlung im damaligen Pionierpalast in Berlin dabei waren, hätte das je für möglich gehalten? Und wer von den glaubt wirklich, daß schon wieder so viel Zeit vergangen sein soll? Bei allen Problemen, die uns den Alltag belasten: Es ist eine insgesamt gute Bilanz, auf die der ABiD zurückblicken kann. Wir haben uns ein gutes Stück weiterentwickelt. Wir haben Deutschland ein Stück barrierefreier gemacht. Wir haben die Welt ein Stückchen verbessert.

Auch heute wiederholen wir den Ruf: Laßt uns aktiv bleiben!

*(Berichterstatter: Dr. Ilja Seifert, BBV-Vorsitzender; 23. Oktober 2010)*